

AKTUELL

ÖFFENTLICHER VERKEHR

Einheitstarif ade

Richard Graf

Der Staat will das Deckungsdefizit des öffentlichen Verkehrs verringern. Und wirbelt dazu das bisherige Preisgefüge durcheinander.

Auf den ersten Blick stimmt es: Das reiche Luxemburg leistet sich eines der preisgünstigsten öffentlichen Verkehrssysteme weit und breit. Für nur 1,50 Euro kann jeder zwei Stunden lang mit Bahn und Bussen herumfahren, wie es ihm gefällt. Allerdings ist das Land so klein, dass es kaum Verbindungen gibt, bei denen er die zwei Stunden auch tatsächlich ausnutzen kann. So gesehen gibt es ein einziges Tarifgebiet, das seit 2010 sogar ein paar Ortschaften jenseits der Grenze mit umfasst. Noch billiger wird das Fahren, wenn der Reisende ein „carnet“ mit zehn Fahrten kauft oder sogar ein monatliches Abonnement erwirbt.

Die letzte Preiserhöhung liegt Jahre zurück. Nach der Regierungsbildung von 2004 sah sich Transportminister Lucien Lux (LSAP) gezwungen, einen Punkt des Koalitionsabkommens mit der CSV zu verwirklichen: Die „Schwarzen“ hatten damals eine Anhebung von 1,20 Euro auf 1,50 Euro durchgesetzt. Lux zeigte sich „not amused“ und versicherte, dass es hiernach unter einem sozialistischen Transportminister keine weitere Verteuerung des öffentlichen Verkehrssystems geben werde. Das Wahlprogramm der Sozialisten hatte sogar den Nulltarif in Aussicht gestellt.

Lux ist kein Minister mehr - das mag ihn trösten, wenn er nun doch für eine erneute Anhebung der Bus- und Bahntarife eintreten muss: Als Budgetberichterstatter wird er das von Budgetminister Luc Frieden (CSV) und den beiden Mehrheitsfraktionen nochmals verschärfte Sparpaket verteidigen. Und das sieht eine noch rabiatere Erhöhung des Einzelfahrscheins von 1,50 auf 2 Euro vor.

Einzelfahrt à 2 Euro

Zwar wird diese Anhebung nicht per Gesetz oder durch das Budget verfügt, doch fließt die von ihr erhoffte Mehreinnahme in die Berechnung des von der Koalition vereinbarten Sparpakets mit ein. Da Lux seinen ParlamentskollegInnen vorschlagen wird, das Gesamtpaket gutzuheißen, muss er sich auch mit den Tarifierhöhungen einverstanden erklären. Beschlossen werden die Anhebungen vom Tarif-

verbund, dem neben dem Transportministerium, das die Überlandbuslinien finanziert, auch die CFL, die TICE-Bus-Gesellschaft im Süden des Landes und der Hauptstadtbetrieb AVL angehören. TICE und AVL werden kommunal betrieben, weshalb jegliches Eingreifen in das Tarifgefüge mehrheitlich von den jeweiligen Gemeinderäten genehmigt werden muss.

Eine erste Hürde nahm am Mittwoch die Stadt Luxemburg, die die Tarifierhöhung durch die Finanz- und Mobilitätskommission gutheißen ließ und somit die Vorlage am 10. Dezember im Gemeinderat zur Abstimmung bringen kann. Nur so ist es möglich, dass die geplante Erhöhung zum 1. Januar 2013 in Kraft tritt.

Die blau-grüne Mehrheit ist selbst zwar wenig erbaut von der drastischen Anhebung der Fahrpreise, doch wollen die Verantwortlichen ein Auseinanderbrechen der Tarifeinheit vermeiden. Der Einzelfahrschein à 2 Euro tut richtig weh, da er ja auch für ganz kurze Strecken gilt und vor allem die abschreckt, die nur gelegentlich Bus fahren. Der spontane Verzicht aufs Auto wird damit noch zusätzlich erschwert. Auch das 10-Fahrten-Carnet verteuert sich auf einen Schlag um 25 Prozent. Nur bei den Monatsabos fällt die Erhöhung mit 11 Prozent etwas geringer aus.

Eine Lösung könnte die (Wieder-)Einführung von Tarifzonen sein, die gestaffelte Preise ermöglichen und so eine Fahrt innerhalb des Stadtgebietes für deutlich weniger als 2 Euro zulassen. Doch hieß es nicht einmal, das System solle vereinfacht werden?

Dabei könnte Lucien Lux seiner neuen Rolle als Sparmeister der Nation gerecht werden und sich trotzdem für einen billigeren ÖPNV einsetzen, ja sogar den Nulltarif realisieren: In einem der zahlreichen Gutachten zum diesjährigen Budget wird vorgeschlagen, die Kilometerpauschale abzuschaften und die so erzielten Mehreinnahmen in den öffentlichen Verkehr zu stecken, der dann kostenfrei sein könnte. Absurderweise knabbert die Koalition tatsächlich an der Kilometerpauschale, aber nur an den vier ersten Kilometern. Wer also nur ein paar Haltestellen von seinem Arbeitsplatz entfernt wohnt, bekommt nicht nur keine Steuervergütung mehr, sondern muss auch noch mehr zahlen. Das nennt sich dann soziale Selektivität.

SHORT NEWS

Neuer Dekan am Campus Walferdange

Am Mittwoch hat die „Faculté des Lettres, Sciences humaines, Arts et Sciences de l'Education“ der Uni Luxemburg einen neuen Dekan bestimmt. Nachfolger des Historikers Michel Margue, der im kommenden Februar in den normalen Lehr- und Forschungsbetrieb zurückkehrt, wird der Sprachwissenschaftler Georg Mein. 56 von 74 Anwesenden ProfessorInnen und AssistenzprofessorInnen stimmten für den 2006 an die Uni Luxemburg berufenen Professor, der zur Zeit für den „Trinationalen Master in Literatur-, Kultur und Sprachgeschichte des deutschsprachigen Raums“ verantwortlich zeichnet. Stimmberechtigt waren 88 Personen, wobei anzumerken ist, dass nicht alle wissenschaftlichen UnimitarbeiterInnen an der Dekanwahl teilnehmen dürfen. Ein durchwachsenes Ergebnis und nicht wenige weiße Zettel demnach, denn eine Gegenkandidatur hat es nicht gegeben. Die fehlende Einstimmigkeit ist allerdings weniger auf die Person Georg Mein zurückzuführen als auf das komplizierte Konstrukt des Walferdinger Campus, der versucht, die Humanwissenschaften und die Ausbildung der Lehr- und Erziehungsberufe unter einen Hut zu bringen. Dass weiterhin ein Humanwissenschaftler die Geschicke der Fakultät führen soll, wurde vor allem von den SozialforscherInnen in Walferdingen mit einiger Erleichterung aufgenommen. Beigeordnet wird dem Dekan erstmals eine Frau: die Erziehungswissenschaftlerin Christine Schiltz.

Le ADR déchante

Il semble que le parti de droite ait vite oublié l'unité affichée il y a deux semaines lors de son 25e anniversaire. C'est l'accueil positif par Fernand Kartheiser, qui fut rejoint par la députée CSV Marie-Josée Frank, de manifestants extrémistes et intégristes de « Pro Europa Christiana » - qu'un rapport du parlement français décrit d'ailleurs comme « dérive sectaire » - qui étaient venus troubler la manifestation du collectif « Si je veux » la semaine dernière et son discours très « pro-Life » devant la Chambre, qui ont déclenché l'ire de Jacques-Yves Henckes, député ADR et ancien transfuge du DP. Dans une belle mise en scène politique sur RTL cette semaine, Henckes exigeait de Kartheiser d'expliquer que sa prise de position ne reflétait que ses vues personnelles et non pas celles du parti. Tandis que l'aile conservatrice de l'ADR doit se justifier au nom de la paix interne, un autre député plus libéral du parti a eu droit à une petite victoire. Jean Colombero, qui était accusé pour avoir prescrit du cannabis médical à ses patients, n'encourt pas de peine de prison, mieux encore, le procureur a juste incriminé des erreurs de procédure. Un micro-pas vers la légalisation du cannabis médical donc. Peut-être que Colombero devrait aussi en prescrire à ses collègues, il paraît que ça calme.

Trêve hivernale

Il y a plus d'un mois de cela, l'hebdomadaire lusophone Contacto avait rapporté que 14 personnes d'origine portugaise allaient devoir déguerpir prestement d'un « foyer pour immigrés » au plus tard pour le 31 décembre de cette année. Il existe quatre foyers de ce genre : deux dans la capitale et deux à Esch-sur-Alzette. Ces foyers, gérés par l'Olai (Office luxembourgeois de l'accueil et de l'intégration), sont destinés à l'accueil provisoire de travailleurs immigrés, dont la très grande majorité vient du Portugal et du Cap-Vert. Cette nouvelle avait notamment suscité l'intervention du député socialiste Marc Angel qui adressa une question parlementaire à la ministre de la Famille, Marie-Josée Jacobs. La réponse est arrivée cette semaine. La ministre y réaffirme son intention de déloger ces occupants pour pouvoir y placer des personnes réfugiées, arguant qu'il lui est très difficile, malgré l'effort de certaines communes, de trouver un nombre suffisant de logements. Mais il y a un nouvel élément : après concertation avec les intéressés, elle assure qu'aucun d'entre eux ne se retrouvera à la rue en hiver et que l'Olai serait même disposé à leur fournir de l'aide, en assurant notamment le paiement des garanties pour ceux qui ne pourraient les financer. Ce qui risque d'être le cas pour beaucoup d'entre eux, car, comme elle l'affirme, ils sont quasiment tous employés dans le secteur du bâtiment, voire au chômage ou en invalidité.